GENDER OPEN REPOSITORIUM

Zwischen Staat, Kirche und Frauenbewegung : Die frauen- und geschlechterpolitische Entwicklung in Polen nach 1989

Chouj, Boena

2004

https://doi.org/10.25595/511

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Chouj, Boena: *Zwischen Staat, Kirche und Frauenbewegung : Die frauen- und geschlechterpolitische Entwicklung in Polen nach 1989*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 13 (2004) Nr: 2, 96-99. DOI: https://doi.org/10.25595/511.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Zwischen Staat, Kirche und Frauenbewegung

Die frauen- und geschlechterpolitische Entwicklung in Polen nach 1989

Bozena Choluj

Der EU-Beitritt war eines der wichtigsten Ziele, das sich die polnischen Regierungen unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung in den Jahren von 1989 bis 2004 setzten. Sowohl die NATO- als auch die EU-Mitgliedschaft wurden innenpolitisch als Absicherung der Wende von 1989 verstanden. Dieses Anliegen teilten mehrheitlich auch die polnischen Frauen. Ihr Interesse am EU-Beitritt ergab sich jedoch nicht nur mit Blick auf die kommunistische Vergangenheit, sondern auch mit den zunehmend negativen Erfahrungen mit der Frauen- und Geschlechterpolitik des neuen Polens.
Nach 1989 verloren die Frauen einen Teil ihrer Privilegien, wie z.B. das Recht auf freie Entscheidung über die Abtreibung. Die Einführung des restriktiven Gesetzes ohne Rücksicht auf Frauenstimmen war eines der ersten Zeichen dafür, dass eine Beteiligung von Frauen am Demokratisierungsprozess in Polen nicht selbstverständlich ist. Ihre Petitionen, Straßendemonstrationen, Proteste und Vorschläge für eine Liberalisierung dieses Gesetzes blieben ohne Erfolg. Allerdings wurde damit ein verstärktes Engagement der Polinnen erreicht, so dass man die Proteste gegen das neue Abtreibungsrecht Anfang der 1990er Jahre auch als Geburtsstunde der zweiten polnischen Frauenbewegung bezeichnen kann. Zur Weiterentwicklung der Bewegung trug dann das Engagement der Frauen aus den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für die Vorbereitung eines Berichts über die Situation von Frauen in Polen für die IV. Weltfrauenkonferenz in Beijing im Jahre 1995 bei. Diese Aktivität hatte zur Folge, dass auch die Regierung und die katholische Kirche Berichte für Beijing verfassten. Damit wurden Frauenfragen zum ersten Mal ein wichtiges, öffentlich diskutiertes Thema. Nach 1995 entstanden immer mehr Frauen-NGOs; heute sind es circa 300, die den Charakter der polnischen Frauenbewegung bestimmen (vgl. Fuchs 2003). Sie organisieren nicht nur Proteste und wirken an der Vorbereitung von neuen Gesetzen mit, sondern bieten auch direkte Hilfe für Frauen an.
Im Verlauf der 1990er Jahre zeigte sich immer deutlicher, dass die meisten Privilegien, die nach der Wende übrig geblieben waren, Frauen auf dem freien Arbeitsmarkt behindern. Früher war der Mutterschaftsurlaub eine Garantie dafür, dass Frauen ihre Arbeitsstelle auch nach einer Pause (von max. 10 Jahren) nicht verlieren konnten. Nach der Wende wurden die Chancen von potentiellen Müttern auf dem Arbeitsmarkt dadurch aber eingeschränkt, weil eine solche Beurlaubung unter den neuen Arbeitsbedingungen ökonomisch nicht mehr zu verantworten war. Die jungen Frauen wurden von Arbeitgebern als Last empfunden, und niemand war bereit, die Verpflichtungen

aus den kommunistischen Zeiten zu übernehmen. Die Arbeitslosigkeit nahm rapide zu, obwohl Frauen über eine bessere Ausbildung als Männer verfügten und immer noch verfügen. Zudem waren sie auch weniger in das kommunistische Regime involviert als Männer. Beides wirkte sich aber nicht positiv auf ihre Situation im Transformationsprozess aus.

Darüber hinaus wurden die Frauen oftmals zur Projektionsfläche der sich neu etablierenden Macht, die sie nicht als politische Subjekte wahrnehmen wollte. Abgeordnete zeigten mit ihrem Verhältnis zur Frauenfrage allzu gerne ihre Abneigung gegen den Kommunismus und setzten sich für ein traditionelles Familienmodell ein. Dies wurde von den meisten Frauenorganisationen als ein Versuch interpretiert, weibliche Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Als ein direkter Beleg hierfür lässt sich der Regierungsbericht für die Vorbereitungskonferenz zu Beijing verstehen, in dem die Arbeitslosigkeit unter Frauen mit ihrer beruflichen Überaktivität erklärt wurde. Dieser Umgang mit Frauenfragen bewirkte, dass engagierte Frauen ihre Hoffnung auf Unterstützung von außen richteten und sich stärker den internationalen Organisationen zuwandten.

Nachdem klar geworden war, dass die Zulassung der Frauen zum Militär eine der Grundbedingungen für die NATO-Mitgliedschaft war, wurde dies schnell – ohne jegliche Diskussion zur weiblichen Wehrpflicht – durch die Regierung entschieden. Sogar die katholische Kirche, die trotz der weltanschaulichen Neutralität des Staates seit der Wende einen recht großen Einfluss hat, durfte sich in diese Entscheidung nicht einmischen. Auch die Anpassung des Arbeitsgesetzes und des polnischen Arbeitskodexes an die Forderungen der EU in Bezug auf die Geschlechtergleichheit wurde relativ schnell durchgesetzt, weil es eine zwingende Bedingung und nicht nur eine Formalität oder bloße Empfehlung war.

Frauen-NGOs beobachten diese höchst undemokratische Frauenpolitik und dokumentieren sie kritisch in Berichten für die UNO oder die EU. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass das „Landesprogramm zur Verbesserung der Situation der Frauen in Polen bis 2000“ noch nicht realisiert worden ist. Da sich die polnische Regierungsdelegation in Beijing laut dem Abschlussdokument der IV. Weltfrauenkonferenz zur Aufstellung eines solchen Programms verpflichtet hatte, wurde es zwar durch die Regierungsbeauftragte für Frauenfragen und Familie Jolanta Banach vorbereitet, jedoch von allen Ministerien ohne jegliche Konsequenzen abgelehnt. Die nächste Gleichstellungsbeauftragte der Regierung Jaruga-Nowacka legte der Regierung im Jahre 2003 das neue Programm mit korrigierten Richtlinien vor, zumal auf Betreiben der UNO bereits ein weiteres Programm bis 2005 realisiert werden soll. Auch wenn es bislang keine spektakuläre Ablehnung wie 1996 gab, ist nach wie vor aber vollkommen offen, wie dieses Programm realisiert werden soll.

Nach dem 1. Mai 2004 kam es in Polen zu einer politischen Regierungskrise, die von der neu zusammengesetzten Regierung immer noch nicht bewältigt werden konnte.

Dabei wiederholt sich die Geschichte: In politischen Krisen geraten Frauenfragen in den Hintergrund oder werden durch politische Parteien instrumentalisiert. Anstelle von Jaruga-Nowacka wurde Anfang September 2004 Magdalena Sroda zur Gleichstellungsbeauftragten nominiert. Es ist das erste Mal seit 1989, dass eine Frau berufen wurde, die kein Parteimitglied ist und aus einem feministischen Milieu kommt. Die Zeit, die die neue Regierung zur Bewältigung der Krise bekommen hat, ist jedoch so kurz, dass nachhaltige Änderungen vor den Parlamentswahlen 2005 sehr unwahrscheinlich sind.

Dabei wäre es ein großer Erfolg, wenn es in dieser Regierungsperiode gelingen würde, das Gleichstellungsgesetz zu verabschieden. Auch wenn die zum vierten Mal geänderte Version des Gesetzes zurzeit in den Kommissionen diskutiert wird, scheiterten bislang alle Versuche, das Gesetz im Parlament zu verabschieden. Die neue Verfassung, die als Grundlage für die Gleichstellung der Geschlechter fungieren könnte, bleibt immer noch ein leeres Versprechen, und die Öffentlichkeit hat keinen Einblick in den Stand der Debatte. Die Abwehr gegen die Verabschiedung dieses Gesetzes lässt vermuten, dass das Gesetz zu einer rechtlichen Grundlage für nachhaltige Veränderungen in der Geschlechterpolitik werden könnte, welche die Frauen – unabhängig von den kommenden Wahlergebnissen – auf Grund der EU-Richtlinien zu Gender Mainstreaming einfordern können (vgl. Fuszara 2000).

Seitdem Polen EU-Mitglied geworden ist, sind die Hoffnungen auf die Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes wieder größer geworden. So kann vielleicht verhindert werden, dass die Regierung auf Kosten der Frauen mit der Kirche verhandelt. Kurz vor der EU-Volksabstimmung kam es nämlich zu solch einem Arrangement, weil es Befürchtungen gab, dass polnische Bauern gegen die EU stimmen werden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, dass die Kirche sich um die Stimmen der Bauern auf dem Land für den EU-Beitritt Polens bemühte, und die Regierung im Gegenzug versicherte, dass das Abtreibungsgesetz nicht liberalisiert und das Gleichstellungsgesetz nicht eingeführt werde. Dies war das erste Mal in Polen, dass so offen auf Kosten der Gleichstellungspolitik verhandelt wurde. In einem offenen Brief der hundert bekanntesten Polinnen wurde gegen die Ausgrenzung der Hälfte der Gesellschaft von den Demokratisierungsprozessen protestiert (vgl. www.oska.org.pl.; auf Englisch). Eine positive Reaktion darauf blieb jedoch – auch aus Brüssel – aus. Während alle den Ausgang der Volksabstimmung feierten, standen viele Frauen mit gemischten Gefühlen und leeren Händen da. Zwar kann man nicht sagen, dass die polnischen Frauen generell Verliererinnen des Beitritts sind, aber dieses Ereignis enttäuschte sie sehr.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Frauen die Wahlkampagnen zum Europa-Parlament nicht besonders intensiv verfolgten. Hieran änderte auch die Information nichts, dass auf den Wahllisten 23,6 Prozent Frauen waren. Sogar die Bemühungen von den Frauen-NGOs haben wenig bewirkt. Die größte Aktion wurde von OSKa, dem Informationszentrum der Frauen in Warschau, mit finanzieller Un-

terstützung der Heinrich-Böll-Stiftung organisiert. Sie umfasste eine Konferenz, mehrere Wahlaktionen und Runde Tische in mehreren Städten. Auf der Konferenz wurde die Beteiligung der Frauen am politischen Leben analysiert und darüber diskutiert, was Frauen im Europaparlament bewirken können. Andere Frauen engagierten sich für die Gründung der Polnischen Partei der Grünen, die in ihr Statut die Geschlechtergleichheit eingeschrieben hat. Die Beteiligung an den Wahlaktionen war jedoch nur in Warschau und Krakau groß. Außerhalb der großen Städte kamen nur wenige Frauen zu den Runden Tischen, an denen Wahlfragen und die Geschlechtergleichheit mit Kandidierenden diskutiert wurden. Ein weiteres Problem war, dass die Art, wie die Wahllisten gebildet wurden, lange Zeit unklar blieb. Dadurch konnte die Frauenwahlkoalition (PKK), die gute Ergebnisse bei den Sejmwahlen im Jahre 2001 erzielt hatte, keine passende Strategie entwickeln.

Insgesamt interessierte sich die Öffentlichkeit mehr für Veränderungen in der polnischen Regierung als für die Europa-Wahl, an der insgesamt nur 21 Prozent aller Wahlberechtigten teilnahmen. Dabei nimmt es nicht Wunder, dass es zu dieser Verschiebung des politischen Interesses der Bürgerinnen und Bürger von der Außen- auf die Innenpolitik kam, da die Bevölkerung auf den Beitritt nur unzureichend vorbereitet war. Jede Änderung, die für die Realisierung der EU-Mitgliedschaft unentbehrlich war, wurde durch die Bevölkerung kritisch beobachtet, weil keine detaillierten Informationen dazu geliefert wurden. Die Frauenpolitik scheint dabei für die Öffentlichkeit ohnehin nicht zu diesen notwendigen Änderungen zu gehören. Wenn überhaupt Änderungen eingeführt werden, passiert es meist stillschweigend, und man erfährt zufällig, dass z.B. auf den Internetseiten des Ministeriums für Nationale Bildung eine neue Richtlinie zu finden ist, nach der alle Lehrbücher auch unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergleichheit begutachtet werden sollen. Da dieses Ministerium als eine Bastion gegen Gender Mainstreaming gilt, ist diese kleine Eintragung ein Zeichen einer Wende, auf die die Frauen hoffen. Auch die Information, dass unter den 54 polnischen Abgeordneten im Europäischen Parlament 7 Frauen sind (12,96 Prozent) und zwei von ihnen wichtige Positionen bekommen haben, lässt vermuten, dass sich die Frauen- und Geschlechterpolitik in Polen allmählich verändern wird.

Die EU-Euphorie hat unter polnischen Frauen aber längst nachgelassen. Der Alltag nach dem EU-Beitritt zeigt, dass ihr Engagement für die Geschlechtergleichheit weiterhin notwendig ist, weil die Regierung zu Änderungen in diesem Bereich nur unter Druck bereit ist. Seit dem EU-Beitritt arbeiten die Frauen-NGOs intensiv an der Erweiterung ihrer Netzwerke um die NGOs aus den alten EU-Mitgliedsstaaten. Im August 2004 haben sie eine Struktur gegründet, die ihnen die Vertretung in der European Women Lobby (EWL) ermöglicht. NGOs sind also bis heute der einzige politische Akteur in Polen, der sich um eine gerechte Frauenpolitik und um Geschlechtergleichheit bemüht.